

Leere Worte für Deutschland

VON FRIEDRICH SCHEU

Die in London zur NATO-Konferenz versammelten Vertreter der Westmächte haben sich jetzt doch auf eine „Deutschlandklärung“ geeinigt. Damit erfüllen sie einen alten Wunsch der Regierung von Bonn. Aber die Erklärung ist, wie man hört, sehr schwach ausgefallen. Auch kommt sie zu spät. Was übriggeblieben ist, sind bestenfalls ein paar freundliche Worte.

Ursprünglich, am Ende des vorigen Jahres, verlangte die Regierung Westdeutschlands eine neue „Deutschlandinitiative“ der Westmächte. Gemeint war ein diplomatischer Schritt, eine gemeinsame Aufforderung an die Sowjetunion, die zu Verhandlungen über eine Wiedervereinigung Deutschlands führen sollten. Niemand konnte glauben, daß ein solcher Schritt die Wiedervereinigung wirklich nähergebracht hätte. Aber es sollte wenigstens sichtbar etwas geschehen. Man wünschte in Bonn eine Stimmung des optimistischen Patriotismus. Der Zusammenhang mit dem bevorstehenden Wahlkampf für die deutschen Bundestagswahlen war ganz deutlich.

Aus dieser „Deutschlandinitiative“ wurde nichts, weil sich die Westmächte nicht einigen konnten. Also wollte man dann wenigstens einen Ersatz dafür haben — eine „Deutschlandklärung“. Darin sollten die Westmächte ihr Interesse an der Wiedervereinigung Deutschlands in unmißverständlicher Weise zum Ausdruck bringen.

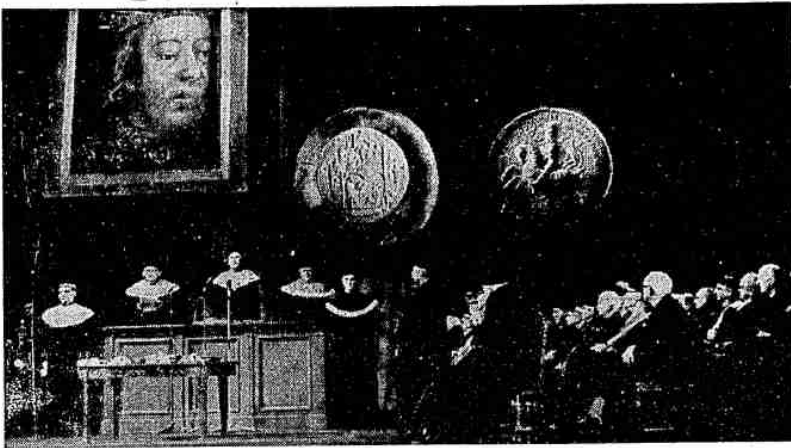
Vom Standpunkt der Bonner Regierungsparteien hätte eine rechtzeitige Erklärung Vorteile gehabt. Man hätte sie als einen außenpolitischen Erfolg der Regierung darstellen können.

Aber auch diese Erklärung hat sich der Streit jetzt so lange hingezogen, daß die Einigung auf eine gemeinsame Formel nicht mehr wie ein besonderer Erfolg aussieht. Es war ein Streit um Worte, aber er wurde mit Erbitterung geführt. Die Bonner Regierung und auch die Amerikaner legen Gewicht auf die Feststellung, die deutsche Wiedervereinigung sei Sache der vier Hauptmächte. Damit sollte die russische Forderung abgelehnt werden, die Wiedervereinigung einer Verständigung zwischen West- und Ostdeutschland zu überlassen. Frankreich aber wollte um jeden Preis die Formel Präsident de Gaulles haben, die Wiedervereinigung sei in erster Linie eine Sache der Europäer. Das entspricht dem Programm General de Gaulles, die Amerikaner möglichst von europäischen Angelegenheiten auszuschließen.

Die Einigung ist jetzt anscheinend auf die dürre Formel zustande gekommen, die Wiedervereinigung „liege im Interesse des deutschen Volkes, aber auch im Interesse aller europäischen und der anderen betroffenen Völker“. Diese Formel ist so allgemein, daß man sich schwer vorstellen kann, wer etwas dagegen hätte.

Aber die Erklärung kommt vor allem zu spät, um die Isolierung der deutschen Bundesregierung zu verhindern, die besonders während der letzten Tage deutlich geworden ist, da Bonn an den allgemeinen europäischen Feiern des Sieges über Hitler nicht teilgenommen hat. In der deutschen Bundeshauptstadt selbst kam es sogar zu einem Zwischenfall, da die deutschen Politiker es ablehnten, zu einem Empfang zu erscheinen, den der sowjetische Botschafter Smirnow zur Feier des Sieges über Hitler veranstaltete.

Man hatte in Bonn gehofft, die Erklärung noch rechtzeitig vor dem Jahrestag des Untergangs Hitlers Deutschlands zu erhalten. Man wollte damit betonen, daß die Bundesrepublik Deutschland Freunde hat und ein wichtiger Teil der Allianz des Westens ist. Und das ist sogar wahr. Die Bundesrepublik Deutschland hat eine sehr wichtige Rolle in Europa zu spielen. Aber die Bonner Politiker haben nicht immer eine glückliche Hand, weder in ihren Bemühungen in Ägypten und Israel noch jetzt mit der späten Erklärung.



Ehrenpromotion im Burgtheater unter dem Bild Rudolfs des Stifters und dem Siegel der Universität. Rechts die Kandidaten, am Rednerpult von rechts nach links: Prorektor Lesky, Rektor Fellingner, Dekan Fizzer

Dank Wiens — Dank der Universität

FORTSETZUNG VON SEITE 1

In der Urkunde, die die Unterschriften Jonas Slavik, Drimmel und Mandl trägt, heißt es unter anderem: „Die Universität Wien, die älteste bestehende Universität im deutschen Sprachraum, feiert 1965 den 600. Jahrestag ihrer Gründung, die Technische Hochschule Wien besteht seit 150 Jahren. Aus Anlaß dieser Jubiläen errichtet die Stadt Wien eine Hochschuljubiläumstiftung zur Förderung der Wissenschaft, insbesondere der Forschung. Die Stadtverwaltung will auf diese Weise im Namen der Wiener Bevölkerung den Hochschulen und ihren Professoren für ihre bisherigen Leistungen dank sagen und ihre künftige Tätigkeit nach besten Kräften fördern.“

DANK DER REKTOREN FELLINGER UND WUNDERLICH
Im Namen der Hochschulen dankten darauf die Rektoren Fellingner und Wunderlich. Nach dem Schluß der Sitzung gab die Stadt Wien im Festsaal des Wiener Rathauses für die Teilnehmer der 600-Jahr-Feier einen großen Empfang.

29. EHRENPROMOTIONEN
Die Feiern der Universität wurden Dienstag vormittag mit der zehnten offiziellen Promotion von 29 ausländischen Wissenschaftlern zu Ehrendoktoren der Wiener Universität

fortgesetzt. Die Feier war wegen ihrer Größe in das Burgtheater verlegt worden, dort blieben allerdings viele Plätze leer. Insbesondere die Beteiligung der Studenten war gering.

Auf der Bühne hatten auf der einen Seite die Mitglieder des Wiener akademischen Senats und auf der anderen die Promovenden Platz genommen. Bis auf einige aus den Oststaaten stammende Promovenden trugen alle ihre bunten Talare.

Im Publikum sah man unter anderen Bundeskanzler Klaus, die Minister Broda, Piff, Prader, Schmitz und Bock, die Staatssekretäre Kotzina und Bobleter, Nationalratspräsident Maletz, Landtagspräsident Marek, die Stadträte Heller und Jacobi sowie die Kardinal-König und Tisserant.

Nach einer Festfanfare und der Oxfordsymphonie von Haydn, die von den Wiener Symphonikern gespielt wurde, hielt Rektor Fellingner die Begrüßungsansprache.

„DIE NAMEN DER NEUEN EHRENDOKTOREN“
Katholisch-Theologische Fakultät: Professor Hubert Jedln (Bonn), Professor Roland de Vaux (Harvard).
Evangelisch-Theologische Fakultät: Professor Ladislaw Pakozdy (Debrecen), Ernst Wolf (Rostock).
Juristische Fakultät: Henri Batifol (Paris), Helmut Coing (Göttingen), Oskar Morgenstern (aus Wien, heute in Princeton, USA), Alfred Müller-Armack (Köln), Charles de Visser (Loewen), Medizinische Fakultät: Adolf Blumenfeld (München), Henry Dale (Hampstead, England), Wladimir Engelhardt (Moskau), Ludwig Hellmeyer (Freiburg), Wilhelm Löffler (Zürich), Helen Taussig (Johns-Hopkins-Universität, USA), Jaroslav Heyrovsky (Prag), Philosophische Fakultät: Max Braubach (Bonn), Jerzy Kurylowicz (Krakau), Heinz Maier-Leibnitz (München), Anrica Malcovatti (Pavia), Kurt Mothes (Halle an der Saale), Grza Novak (Zagreb), Max Perutz (aus Wien, heute in England), Rudolf Pfeiffer (München), Hans Popper (Columbiuniversität, New York), Bruno Sander (Innsbruck), Carl Siegel (Göttingen), Carl Troll (Bonn), Viktor Weisskopf (Genf).

Die Promotionsfeier wurde mit der Bundeshymne geschlossen.

Moskau schweigt zur Instrumentensonde Luna-5
Moskau. „Amtliche“ sowjetische Stellen wählten nicht Dienstag Stillstand über Ziel und Aufgaben Instrumentensonde Luna 5. Die TASS gab lediglich bekannt, daß die Flugbahn korrigiert wurde und die Entfernung um 14 Uhr 280.000 Kilometer betrug.

Tito in Norwegen
Oslo. Der jugoslawische Staatschef Marschall Tito ist in Begleitung seiner Gattin und von Außenminister Nikicze zu einem vierseitigen Staatsbesuch in Norwegen eingetroffen.

Hera: Alle Mandate für SPÖ
Im Sanatorium „Hera“ der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Gemeinde Wien wurden die Betriebsräte der Angestellten und der Arbeiter neu gewählt. Alle zehn Mandate, die zu vergeben waren, entfielen auf die Listen der sozialistischen Gewerkschafter.

Kraftwerksbau: Enns erhält neues Bett
Die Ennskraftwerke AG beginnt in nächster Zeit mit dem Bau des Kraftwerkes Garsten. Dieses Kraftwerk nutzt die noch freibleibende Flußstrecke der Enns unmittelbar oberhalb der Stadt Steyr.

Freitag Staatsakt für Leopold Figl — Trauerzug geht am Parlament vorbei

Der Ministerrat beschloß in seiner Sitzung am Dienstag, für Ingenieur Leopold Figl ein Staatsgedenkbau zu veranstalten. Der Staatsakt, der Freitag stattfindet, beginnt nach dem Requiem in der Stephanskirche, dessen Beginn für 11 Uhr angesetzt wurde. Der Trauerzug wird am Parlament, am Bundeskanzleramt und am niederösterreichischen Landhaus vorbeiziehen. Auf dem Heldenplatz findet eine Trauerkundgebung statt, bei der der Bundeskanzler sprechen wird.

Die ÖVP hat von ihrem Wunsch, daß der Trauerzug auch am Gebäude der Parteileitung der ÖVP vorbeiziehen soll, Abstand genommen. Vom Heldenplatz wird der Leichnam auf den Zentralfriedhof geführt und in einem Ehrengrab der Gemeinde Wien in nächster Nähe der Gräber von Leopold Kunschak und Julius Raab beigesetzt werden. Der Tag des Begräbnisses wurde vom Beginn des Staatsaktes bis zum Ende der offiziellen Trauerfeier auf dem Heldenplatz zum Staatstrauertag erklärt. Die öffentlichen Gebäude werden bis zu diesem Zeitpunkt Trauerflaggen setzen.

Im Ministerrat hielt Bundeskanzler Dr. Klaus dem Verstorbenen einen Nachruf. Leopold Figl hat sich

in den Horzen der Österreicher ein Denkmal gesetzt, sagte der Bundeskanzler. Sein Werk ist in die Geschichte eingegangen, sein Wirken für Österreich sollte uns Beispiel sein.

JONAS AN DER BAHRE IN DER LANDHAUSKAPELLE
Dienstag begab sich Bürgermeister Jonas in Begleitung der Vizebürgermeister Slavik und Dr. Drimmel in die Landhauskapelle im Gebäude der niederösterreichischen Landesregierung, wo er an der Bahre Leopold Figls in stillem Gedenken verweilte. Zu Beginn der Sitzung der Wiener Landesregierung am Dienstag hielt Landeshauptmann Jonas Ingenieur Figl einen tiefempfundnen Nachruf, der von den Mitgliedern der Landesregierung stehend angehört wurde.

IM STEPHANSDOM BIS DONNERSTAG (ÖFFENTLICH) AUFGEBAHRT
Dienstag abend wurde der Sarg von der Landhauskapelle in den Stephansdom übergeführt, wo der Leichnam bis Donnerstag öffentlich aufgebahrt bleibt.

BEILEID DER FREIHEITSKÄMPFER
Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat Frau Hilde Figl das Beileid zum Ableben ihres Mannes ausgedrückt. Kondolenztelegramme sandten die sozialistischen Freiheitskämpfer auch an die Lagergemeinschaft Dachau, der Figl angehörte, und an die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten.

Der österreichische Bundesjugendring richtete an Frau Figl ein Telegramm, in dem betont wird, daß Ingenieur Figl ein Vorbild für die Jugend war. Sein Kampf um Öster-

reichs Freiheit bleibe der Jugend unvergessen.

FÜR SCHÜLER NACH TRAUERFEIER SCHULFREI
Das Unterrichtsministerium hat angedeutet, daß Freitag in den Schulen nach Möglichkeit Trauerfeiern veranstaltet werden sollen. Der Tag des Begräbnisses ist ansonsten unterrichtsfrei.

Wiener-Neustadt: Gedenkfeier für den letzten Heimkehrerzug

Anlässlich der zehnten Wiederkehr eines Tages, an dem der letzte offizielle Heimkehrertransport in Wiener-Neustadt eingelangt ist, wird das Innenministerium Freitag, den 25. Juni, in den späten Nachmittagsstunden vor dem Bahnhof Wiener-Neustadt eine Gedenkfeier veranstalten.
Im Rahmen dieser Feier wird zur Erinnerung an die Heimkehr der ehemaligen Kriegsgefangenen eine Gedenktafel enthüllt werden. Gleich-

Kommentare

Zweigroschenroman

Der neue Semmelpreis von 62 Groschen ist, daran kann niemand zweifeln, der einkaufen geht, das größte Ärgernis nach den Eiswintern. Niemand ist bereit, dem Sprichwort gemäß die beiden Groschen zu ehren, die er zur Bezahlung einer einzelnen Semmel braucht; jeder ist wütend, wenn er sein Geldbörsel verpöbellich durchsucht.

Man muß den Bäckermeistern, die gestern eine Rüge des Preisausschusses der Paritätischen Kommission einstecken mußten, weil sie den Preis für ihre Semmeln stillschweigend auf 65 Groschen erhöht hatten, nicht bestreiten, daß sie bestrebt waren, das Zweigroschenärgernis aus der Welt zu schaffen. Aber es gibt zweifellos noch eine Methode zur Bekämpfung des Kleingeldärgers, gegen die niemand etwas einzuwenden kann: Nämlich, die Semmeln um 60 Groschen zu verkaufen. Außerdem hat man's von 62 nach 60 näher als nach 65. F. K.

Kossygin fährt nach Afrika

Moskau. Der sowjetische Ministerpräsident Kossygin und Außenminister Gromyko haben Einladungen zu einem Besuch Ghanas angenommen, meldet die TASS. Ein Termin wurde nicht festgelegt.

Gromyko in Budapest

Moskau. Der sowjetische Außenminister Gromyko ist Dienstag zu einem offiziellen Besuch nach Budapest geflogen. Anschließend an den Besuch in Ungarn kommt Gromyko zu den Staatsvertragsfeiern nach Wien.

5 Monate Gefängnis für Antisemitismus

Bamberg. Wegen fortgesetzter antisemitischer Betätigung sowie des Vergehens der Volksverhetzung und der Einfuhr und Verbreitung staatsgefährdender Schriften verurteilte das Landgericht Bamberg den 27 Jahre alten früheren Gauführer der Wiking-Jugend in Franken und Mitglied der Deutschen Reichspartei (DRP) Wolfgang Kirschtsein zu fünf Monaten Gefängnis.

Tito in Norwegen

Oslo. Der jugoslawische Staatschef Marschall Tito ist in Begleitung seiner Gattin und von Außenminister Nikicze zu einem vierseitigen Staatsbesuch in Norwegen eingetroffen.

Hera: Alle Mandate für SPÖ

Im Sanatorium „Hera“ der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Gemeinde Wien wurden die Betriebsräte der Angestellten und der Arbeiter neu gewählt. Alle zehn Mandate, die zu vergeben waren, entfielen auf die Listen der sozialistischen Gewerkschafter.

Kraftwerksbau: Enns erhält neues Bett

Die Ennskraftwerke AG beginnt in nächster Zeit mit dem Bau des Kraftwerkes Garsten. Dieses Kraftwerk nutzt die noch freibleibende Flußstrecke der Enns unmittelbar oberhalb der Stadt Steyr.

Ministerrat: Wehrgesetz soll Teilmobilisierung ermöglichen

Der Ministerrat nahm am Dienstag eine Empfehlung des Landesverteidigungsrates zur Kenntnis, das Wehrgesetz zu novellieren, um eine personelle Teilmobilisierung zu ermöglichen.
Die notwendigen Gesetzeswürfe werden vom Verteidigungsminister in einer der nächsten Ministerratsitzungen vorgelegt werden. Weiter beschloß der Ministerrat, den Rektor

der Wiener Universität, Professor Fellingner, für die Auszeichnung mit dem großen goldenen Ehrenzeichen mit dem Stern vorzuschlagen. Unterrichtsminister Dr. Piff hatte den Rektor ursprünglich für eine niedrigeren Auszeichnung vorgeschlagen. Die Verabschiedung von zwei Budgetüberschreitungssetzungen, die vom Finanzminister vorgelegt worden sind, wurde zurückgestellt.